

Johannes Agnoli / Bernhard Blanke / Niels Kadritzke  
**Einleitung zu Alfred Sohn-Rethel**  
**Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus**  
 (Frankfurt: suhrkamp 1973)

Aus:  
 Johannes Agnoli  
 Faschismus ohne Revision  
 Freiburg: ça ira 1997

I.

Sohn-Rethels in *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus* zum ersten Male geschlossen veröffentlichte Beiträge zur Analyse des deutschen Faschismus vereinigen historische Zeugnisse über wesentliche Momente der Entstehung und Entwicklung der faschistischen Diktatur in Deutschland mit einem theoretischen Ansatz zur Faschismusanalyse, der seine Bedeutung der Vermittlung von empirischer Anschauung und marxistischer Theorie verdankt.

Damit ist Sohn-Rethels Arbeit für die marxistische Faschismus-Analyse in jener doppelten Hinsicht von Bedeutung, in der diese gegenüber der bürgerlichen Geschichtsschreibung forschungsstrategisch „benachteiligt“ ist:

1. Theoretisch hat sie die sehr viel schwierigere und komplexere Aufgabe zu lösen, gegen den oberflächlichen Augenschein und gegen die sich ständig verstärkende Flut bürgerlicher Forschungsergebnisse die scheinbar hermetische Diktatur einer „totalitären“ Partei über die Gesellschaft als Erscheinungsform kapitalistischer Herrschaft aufzudecken und zu erklären. Dabei werfen vor allem die genetische Erklärung der einzelnen faschistischen Diktaturen und die Frage nach der Möglichkeit einer Theorie faschistogener gesellschaftlicher Entwicklungen Probleme auf, die längst noch nicht gelöst sind.

2. In der Forschungsarbeit steht die marxistische Faschismus-Analyse vor der Schwierigkeit, daß die Evidenz ihrer Aussagen nur schwer aufzuweisen ist, weil weder Akten noch Memoiren den Faschismus aus der Sicht und im Interesse seiner Opfer zu dokumentieren pflegen.

So hat einer der maßgeblichen Apologeten der Ruhr-Industrie, August Heinrichsbauer, schon 1948 das Bemühen, die konkreten Verbindungen zwischen Vertretern des Kapitals und der faschistischen Partei vor 1933 nachzuweisen, mit dem Argument für aussichtslos erklärt, „daß wirklich vertrauliche Dinge, wie sie gerade die Befassung mit wichtigen politischen Fragen darstellt, nur in vertrautestem Kreise behandelt zu werden pflegen, ohne Hinzuziehung von Gewährsmännern industriefeindlicher Kreise und Zeitungen oder gar der kommunistischen Presse. [...] Dinge, die man nicht einmal über einen ganz kleinen Kreis eigener Berufsgenossen hinaus bekannt werden ließ, hat man bestimmt nicht Außenstehenden anvertraut.“<sup>1</sup>

Was hier mit der typischen Arroganz der Macht festgestellt wird, ist in der Tat richtig: „Industriefeindliche“ und „kommunistische“ Kreise bleiben bei ihrer Analyse des Faschismus im allgemeinen auf indirekte Beweise und theoretische Deduktionen angewiesen, weil die erreichbaren Dokumente meist aus formellem, in öffentlich-rechtlichem oder verbandlichem Interesse archivierten Material bestehen, wohingegen in Entscheidungsprozessen das Wichtigste informell (wenngleich in geregelter Weise) und in nicht archivierbaren Formen festgemacht und beschlossen wird. Dies gilt vor allem für den politischen Kernbereich bürgerlich verfaßter Gesellschaften, für welche rechtliche Regelungen politischer Entscheidungen konstitutiv sind und dennoch die Wirklichkeit wesentlich nicht ausmachen. Diesen Kernbereich bildet das funktionale und institutionell-organisatorische Verhältnis von Ökonomie und Politik, das sich zwar in den Beziehungen zwischen Einzelkapitalen und Kapitalgruppen (und deren Repräsentanten) einerseits, politischen Führungsgruppen andererseits jeweils widerspiegelt, durch diese Beziehungen allein jedoch nicht hinreichend zu bestimmen ist. Aber selbst die gespeicherte Information über diese Beziehungen sagt in der Regel über den wirklichen informellen Entscheidungsgang wenig aus. Entsprechend weist die Archivdokumentation ein naturwüchsiges Übergewicht an formellen Entscheidungen, also an staatlich-politischen Willensbildungsakten und Maßnahmen auf, das eine dokumentarische, für den „exakten Historiker“ damit aber scheinbar „bewiesene“ Disproportionalität zwischen Politik und Ökonomie erzeugt, die materialistisch nur auf dem Wege der Ableitung aus generellen theoretischen Prämissen über die wesentlichen Strukturen kapitalistischer Gesellschaften (über die gerade selbst im Faschismus nicht „entschieden“ wird) wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Anders gesagt: Das Übergewicht des formell-staatlichen Quellenmaterials führt stofflich in der bürgerlichen Geschichtswissenschaft zur interpretatorischen Feststellung eines Primats der Politik im Umgang mit der Ökonomie. Für den Faschismus heißt dies in der Schlußfolgerung, daß nicht spezifische Forderungen und Erfordernisse der kapitalistischen Akkumulation und Reproduktion die politische Fälligkeit des Regimes erzwungen und seine politischen Handlungen langfristig und wesentlich be-

dingt haben, sondern, umgekehrt, daß das politische Programm des Faschismus die „Industrie“ in seinen Bann gezogen und dem Regime hörig gemacht habe. Der Logik ihres Erkenntnisinteresses folgend zieht die bürgerliche Analyse des Faschismus aus dem vorhandenen Archivmaterial den Schluß, den Publikationen à la Heinrichsbauer nahelegen wollen, und postuliert so die „totale“ Herrschaft des faschistischen Staates über die ökonomisch herrschende Klasse.

Was einer materialistisch-dialektischen Analyse von der stofflichen Seite her fehlt, ist, schlicht gesagt, das Gegenstück zum Staatsarchiv: die ebenso dokumentarische Ausweisung des informellen Prozesses.

Eine solch eklatante „Beweislücke“ ist für die marxistische Analyse immer nur punktuell zu schließen. Um so wichtiger ist es, wenn es gelingt, diese Lücke durch authentische Einblicke von Einzelpersonen an zentralen Punkten des Umschlags von ökonomischen Interessen in politische Entscheidungen zu füllen, wie dies in den Aufzeichnungen von Sohn-Rethel der Fall ist.

So gesehen ist es einer der folgenreichsten Zufälle für die Faschismus-Forschung, daß ein marxistisch geschulter Wissenschaftler in den entscheidenden Jahren der Faschisierung quasi ungestört Einblick in wichtige interne Vorgänge und politische Überlegungen verschiedener Kapitalfraktionen erlangte und damit befähigt worden ist, ihre ökonomische Interessenlage und ihre Schwierigkeiten theoretisch zu erfassen und mit empirischer Beweiskraft darzustellen, wie diese die politische Tendenz zur faschistischen Diktatur vorangetrieben haben.

## II.

Die besondere inhaltliche Leistung von Sohn-Rethel besteht darin, daß er die Beziehungen zwischen Industrie- und Finanzkapital und Faschismus stringent aus den Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt und im nationalen, die internationale Konkurrenz reflektierenden Rahmen zu entwickeln und daraus die Interessenrichtung zu bestimmen vermag, die sich politisch, d. h. auf die Formen und Träger staatlicher Herrschaft bezogen, artikuliert. Damit wird „die Industrie“ weder idealtypisch auf einen Machtblock unter mehreren reduziert<sup>2</sup>, noch werden ihre verschiedenen Fraktionen wie in der Monopolgruppen-Theorie der DDR-Autoren letztlich als reine Machtgebilde beschrieben, die ihre politische Durchsetzungsfähigkeit allein ihrem ökonomischen Gewicht (und damit ihrer als Macht begriffenen ökonomischen Stärke statt ihrer relativen, durch die Krise bestimmten Reproduktionsschwäche) verdanken. Bei Sohn-Rethel erscheinen Interessendifferenzierungen vielmehr von vornherein vermittelt, d. h. nicht erst der „Gesamtkapitalist“ oder die stärkste Monopolgruppe als politischer Repräsentant erzwingen den Interessenausgleich, sondern dieser entwickelt sich aus den Problemen der Kapitalverwertung am Kulminationspunkt der Reproduktionsschwierigkeiten des ökonomischen und politischen Systems insgesamt.

Daß dieser Interessenausgleich nur auf der Linie einer faschistischen Krisenlösung liegen konnte, geht aus der Darstellung Sohn-Rethels eindeutig hervor. Dabei sind es vor allem zwei politische Leistungen zur Lösung der ökonomischen Probleme, die das faschistische Regime zu erbringen verspricht und die deshalb das gemeinsame kapitalistische Interesse an diesem Regime begründen. Erstens die langfristige Durchsetzung einer politischen Expansion im Dienste der Markterweiterung für die deutschen Kapitale vor allem in Richtung Südosteuropa. Zweitens die terroristische Disziplinierung der deutschen Arbeiterschaft auf einem Lohnkostenniveau, das die Akkumulationsmöglichkeiten der deutschen Kapitale sprunghaft verbessert.

Beide Leistungen wurden von einem Regime erwartet, das die veränderten Voraussetzungen bürgerlicher Herrschaft herrschaftsmethodisch auf eine qualitativ neue Formel brachte, insofern sie das genaue Gegenstück zur reformistisch abgesicherten Herrschaftsform der „stabilen“ Jahre der Weimarer Republik darstellte, deren nichtgewaltsame, auf sozialpolitischen Zugeständnissen an die Arbeiterschaft basierenden Integrationsmöglichkeiten die Weltwirtschaftskrise gerade zerstört hatte.

Die faschistische Lösung der ökonomisch verursachten Systemkrise der ersten deutschen Republik mußte um so wahrscheinlicher werden, je mehr die Arbeiterbewegung ihre Unfähigkeit zur revolutionären Wendung der Systemkrise erwies<sup>3</sup>, je eindeutiger alternative Lösungsversuche einer kapitalistischen Krisenlösung eine Rückkehr zur Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften implizierten, und je mehr sich infolgedessen die Interessen der unterschiedlichen Kapital-Fraktionen auf der Linie der skizzierten politischen Erwartungen vereinigten und darüber hinaus den traditionellen Gegensatz zwischen Großagrariern und Exportindustrie auszugleichen imstande waren.

Die in der historischen Forschung inzwischen kaum noch bestrittene Vereinigung unterschiedlicher Kapital-Interessen auf der faschistischen Linie<sup>4</sup>, die Ende 1932 das ehemalige Brüning-Lager der exportorientierten Industrie aufgelöst hatte, wird in der Darstellung Sohn-Rethels in ihren wesentlichen Interessenrichtungen plausibel gemacht und damit aus dem ökonomischen Gesamtprozeß, insbesondere aus dem Zerfall des Weltmarktes, erklärt. Drei Schwerpunkte seiner Darstellung sind dabei für die marxistische Faschismus-Analyse ihrer exemplarischen Qualität wegen von besonderer Bedeutung: Expansionspolitik, Unterdrückung der Arbeiterbewegung und Verbindung von Industrie- und Agrarpolitik.

Die strategischen Planungen im Rahmen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT), die Sohn-Rethel aus eigener intimer Kenntnis schildern kann, setzten für ihre Realisierung eine politische Führungsgruppe voraus, die nicht nur entschlossen und in der Lage war, die Störungen des Akkumulationsprozesses außen- und handelspolitisch rigoros zu beseitigen, sondern die auch innenpolitisch ein Programm durchzusetzen vermochte, das einen für alle Kapitalfraktionen annehmbaren Kompromiß darstellte. Bei einer Identifikation von Kapital und Gesellschaft war, so gesehen, die NS-Diktatur in der Tat eine „Regierung der nationalen Einheit“, ihr Programm ein Programm der „nationalen Erneuerung“. Sohn-Rethel weist aber gerade nach, daß die Richtung und politische Perspektive dieses Programms nicht etwa durch die Zwangslage vorbestimmt ist, die erst dazu geführt hat, die handlungsunfähigen Führungsgruppen der Präsidialkabinette durch die in dieser Richtung handlungswillige faschistische Führungsgruppe zu ersetzen. Damit löst er die immer wieder künstlich herausgestellte Priorität von ökonomischer bzw. politischer Herrschaft (theoretisch gefaßt: von Autonomie oder Heteronomie faschistischer Regime)<sup>5</sup> auf: Die für das Kapital notwendig gewordene Strategie stellt den Zusammenhang mit einer politischen Gruppe her, die in genau derselben Richtung marschiert und über einen für ihre Durchsetzung ausreichenden Massenanhang verfügt. Eine gleichgerichtete Verlötung von Industrieinteressen und politischen Ambitionen einer zunächst selbständig entstandenen Bewegung hatte sich schon in der Faschisierung Italiens vollzogen: Die Industrie mußte die nach 1920 unterbrochene Akkumulation beschleunigt und außen wie innenpolitisch abgesichert fortsetzen; das faschistische Regime wollte Italien weltpolitisch und „historisch“ stark machen. Diese Darstellung einer strategischen Transmission zwischen Ökonomie und Politik durch ein dazu notwendiges und hinreichend starkes politisches Regime verweist die berühmte Primatfrage<sup>6</sup> auf die Ebene eines formell-heuristischen Problems. Denn ohne der Frage nach einem Primat von Politik bzw. Ökonomie auf der personellen Ebene ihrer Entscheidungsträger nachzugehen, will Sohn-Rethel gerade zeigen, daß die ökonomisch zwingend gewordene Krisenlösungsstrategie des deutschen Kapitals den Zwang zur terroristischen Diktatur des Faschismus setzt, der als politischer Garant dieser Krisenlösung seinerseits die ökonomischen Zwangsgesetze vollstreckt, welche damit auf irreversible Weise in Gang gebracht sind. Indem Sohn-Rethel schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges darlegte, daß der faschistisch abgesicherte Vollzug kapitalistischer Reproduktion die ständig neu produzierten ökonomischen Schwierigkeiten letztlich nur durch militärische Expansion zu lösen versuchen kann, hat er überzeugend den Raub- und Eroberungskrieg als notwendigen Bestandteil der Krisenlösungsstrategie nachgewiesen und seines von bürgerlichen Historikern oft auf die „persönliche Dämonie“ Hitlers zurückgeführten „irrationalen“ Charakters entkleidet. Die Raison des Weltkrieges bleibt bei ihm weder exzentrisch zu den Interessen des deutschen Kapitals noch gilt sie als glatter Ausdruck der Summe konkreter ökonomischer Interessen (wie in der DDR-Literatur vorherrschend), sie liegt vielmehr unverrückbar auf der Linie und in der Logik des einmal eingeschlagenen Ausweges aus der ökonomischen Krise. Für den Faschismus bleibt also durchgängig konstitutiv, was für jede Form kapitalistisch organisierter Reproduktion der Gesamtgesellschaft gilt: daß die Erfordernisse der Kapitalverwertung - die gerade nicht unbedingt identisch sind mit der Summe der Einzelförderungen „der Kapitalisten“ - sich durchsetzen. Am Unvermögen, der Kapitalverwertung einen alternativen Weg zu bahnen, scheiterten denn auch die bürgerlich-parlamentarische Politik der Weimarer Endphase wie alle Versuche einer bürgerlichen Opposition gegen den Faschismus, deren innere Unmöglichkeit in der deutschen Situation Sohn-Rethel überzeugend darstellt.

Gewiß bedeutet diese Verlötung von sozialer Herrschaft und politischem Regime keineswegs lückenlose Übereinstimmung. Darin ein Spezifikum des Faschismus zu sehen, ist nur ein verbreiteter Fehler in der doktrinären „marxistischen“ Analyse bürgerlicher Gesellschaften. Eher ist ein Unterscheidungsmerkmal gerade in dem Versuch des korporativen Staates zu erblicken, die Übereinstimmung so weit wie möglich auch institutionell zu sichern. Tatsache bleibt aber auch unter solchen Bedingungen, daß die „ideologische“ faschistische Großraumpolitik die gleichgerichteten ökonomischen Forderungen nach Markterweiterung, neuen Rohstoffquellen und Arbeitskräften ausdrückte und daß ihr nicht zufällig die militärischen Planungen des Generalstabs entsprachen. Was später zu Differenzen zwischen diesen verschiedenen „Machtgruppen“ führte, war nicht die langfristige Perspektivplanung, sondern es waren die unterschiedlichen Vorstellungen über Voraussetzungen und zeitlichen Ablauf ihrer Durchführung.

### III.

Die terroristische Form der faschistischen Diktatur ist jedoch nicht nur Ausdruck gesellschaftlicher Militarisierung in außenpolitischer Absicht, sondern sie dient zunächst und vor allem dem Zweck, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zu zerschlagen beziehungsweise unterdrückt zu halten. Denn die Erschließung neuer Märkte und Rohstoffquellen für die deutschen Kapitale setzt eindeutig voraus, daß die durch die Weltwirtschaftskrise blockierte Kapitalreproduktion erneut in Gang kommt und auf dem gegebenen Stand der Technologie wieder Profite abwirft. Dies erfordert für das Kapital entscheidend veränderte Verwertungsbedingungen, die nur auf Kosten der Arbeiterklasse geschaffen werden können. Die Strategie zur wirtschaftlichen „Erholung“ ist demnach allein

als eine politische Strategie wirksam, die die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse durchsetzt und garantiert. Genau an diesem Knotenpunkt ökonomischer Erfordernisse und politischer Leistungen der Diktatur setzt Sohn-Rethels zentrale These zur Funktionsbestimmung des Faschismus an.

Ihre entscheidende Formulierung, der Faschismus bedeute die „Rückkehr“ zur absoluten Mehrwertproduktion, trifft einerseits den Kern einer materialistischen Faschismustheorie: Der Faschismus wird abgeleitet aus der materiell-ökonomischen Basis des Klassenverhältnisses, d. h. der Notwendigkeit einer drastischen Erhöhung der Mehrwertrate angesichts der Krisensituation, in der sich besondere nationale Kapitale im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems befanden. Andererseits kann diese Verwendung des Begriffs des „absoluten Mehrwerts“ zu Mißverständnissen führen, weil damit bei Marx eine allgemeine Form der kapitalistischen Produktion gemeint ist, die ebenso wie die Form des „relativen Mehrwerts“ (deren Basis sie ist) nicht zur Unterscheidung historischer Phasen der kapitalistischen Produktionsweise dienen soll, sondern in allen Phasen existiert.

Der Sachverhalt, den Sohn-Rethel mit dieser Formulierung kennzeichnet, stellt eine besondere, historische Situation der kapitalistischen Mehrwertproduktion dar, in welcher die ökonomischen Methoden und – was wesentlich ist – die klassenpolitischen Konstellationen der absoluten Mehrwertproduktion aufgrund besonderer Bedingungen das Übergewicht erhielten: gewaltsame Ausdehnung der Arbeitszeit, Intensivierung der Arbeit bei gleichbleibendem Preis der Arbeitskraft, d. h. staatlich sanktioniertem Einfrieren der Löhne.

Darüber hinaus ist es die in der faschistischen Konjunktur in Deutschland eintretende Zerreißung des Zusammenhanges von Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und Senkung des Werts der Arbeitskraft, die die Verwendung der Kategorie des absoluten Mehrwerts zur Analyse der faschistischen Krisenlösung nahelegt. Obwohl nach der zunächst – durch Kapitalvernichtung in der Krise und die ungeheure Arbeitslosigkeit ermöglichten – rein quantitativen Ausdehnung der Produktion auf gleichbleibender technologischer Grundlage (diese Aussagen gelten nur im Durchschnitt) für das deutsche Kapital mit der Erreichung der „Vollbeschäftigung“ (1937/38) die Notwendigkeit einer auch qualitativen Steigerung der Produktivkraft der Arbeit eintrat, wurde durch die Rüstungsproduktion ein wachsender Teil des steigenden gesellschaftlichen Wertprodukts quasi außerhalb des „normalen“ Reproduktionsprozesses verbraucht. Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit setzte sich kaum in die Sektoren der deutschen Wirtschaft fort, die die notwendigen Lebensmittel produzierten. Eine der steigenden Produktivkraft entsprechende Senkung des Werts der Arbeitskraft trat nicht ein. Gleichzeitig fiel der Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert, da der durch höhere Arbeitszeit und steigende Intensität der Arbeit erhöhte (und zwar überproportional erhöhte) Verschleiß der Arbeitskraft nicht durch eine entsprechende Erhöhung des Lohns kompensiert wurde. Die staatlich organisierte Umlenkung des Wertprodukts und des zu akkumulierenden Mehrwerts in die Rüstungsproduktion (garantiert durch eine „Verstaatlichung“ des gesamten Kreditwesens) hatte eine ungeheure Verzerrung der Produktionsstruktur zur Folge: ein überproportionales Anschwellen der Produktionsmittel- und eine Stagnation der Konsumtionsmittelindustrie. Dieser Prozeß wird von keynesianisch orientierten makroökonomischen Analysen des deutschen Faschismus nach 1945 bestätigt.<sup>7</sup> Nach 1935/36 löste diese Entwicklung verschiedene Konflikte aus, die von Sohn-Rethel z.T. geschildert werden, wie die Nahrungsmittelkrise, später auch Konflikte innerhalb der Deutschen Arbeitsfront und zwischen dieser und anderen Machtgruppen des Regimes. Sohn-Rethels Formulierung, die faschistische Konjunktur löse sich „von den Bedingungen der ökonomischen Wertbildung und des Krisenzyklus“, könnte verallgemeinert werden, indem man den skizzierten Prozeß als nationalstaatlich beschränkten Versuch der Ausschaltung des Wertgesetzes in seiner regulierenden Funktion bezeichnet. Sohn-Rethel macht an anderer Stelle eine entsprechende Andeutung, dort nämlich, wo er auf die Folgen der Abschließung vom Weltmarkt und der Aufhebung seiner intervalutarischen Kontrollfunktion zu sprechen kommt.

In der Tat waren Verlauf und Struktur der faschistischen Konjunktur nur möglich auf der Basis einer – andererseits für die Erhaltung des deutschen Kapitalismus notwendig gewordenen – Abschließung vom Weltmarkt, weshalb die Rückkehr zu einem relativ freien Weltmarkt auch den Zusammenbruch des faschistischen Regimes in Deutschland bedeutet hätte. Daß diese Abschließung vom Weltmarkt und der Versuch, sich dessen regulativer Kontrolle zu entziehen, nur ein vorübergehender, in Krieg und Nachkriegskatastrophe endender sein konnte, ist klar. (Man vergleiche dies mit dem „Verfall des Dollar“ auf dem Hintergrund des Vietnamkrieges.) Deshalb muß hier auch offen bleiben, ob Sohn-Rethels zweite zentrale These vom Widerspruch zwischen Produktions- und Marktökonomie – soweit sie zur Charakterisierung von Verlauf und Struktur des Akkumulationsprozesses dient – nicht ebenfalls von dieser spezifischen Krisenlage des kapitalistischen Weltmarktes geprägt ist. Immerhin führte gerade der Zweite Weltkrieg zu einer Reorganisation des kapitalistischen Akkumulationsprozesses im Weltmaßstab, die gerade durch die Internationalisierung der Produktion und die Verdichtung der Weltmarktbeziehungen einen enormen Aufschwung ermöglichte. Damit ist nicht gesagt, daß sich ähnliche Krisensituationen nicht wiederholen können.<sup>8</sup> Auch kann hier nicht die Fruchtbarkeit dieses Teils der Faschismustheorie Sohn-Rethels für eine allgemeine Theorie des gegenwärtigen (Spät-)Kapitalismus, d. h. für die Frage nach den Veränderungen der Formen der Vergesellschaftung und ihrer Widersprüche, geprüft werden.

Daß die Entwicklung im faschistischen Deutschland zwangsläufig auf den Raubzug durch Europa hindrängte, macht Sohn-Rethel überzeugend klar. Die Vernichtungstendenz wurde im Innern erst möglich, nachdem die Tarif- und Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse ausgeschaltet waren. Die terroristisch erzwingene Steigerung der Mehrwertrate zeigte eine der zerstörerischen Logik der absoluten Mehrwertproduktion (Ausdehnung des Arbeitstages auf 24 Stunden) entsprechende Konsequenz im SS-Prinzip der „Vernichtung durch Arbeit“, das während des Krieges KZ-Insassen, andere Häftlinge und Kriegsgefangene traf. Der „deutsche Arbeiter“ hatte demgegenüber den marginalen „Schutz“ der DAF; die stärkere Einbeziehung der „deutschen Frau“ in den Rüstungsproduktionsprozeß während des Krieges wurde durch den Zwangseinsatz von über 7 Millionen ausländischer Arbeiter gebremst.

Diese Zusammenhänge machen deutlich, daß die Wiederingangsetzung der kapitalistischen Akkumulation nach der Weltwirtschaftskrise und die nationalstaatlich-imperialistische Perspektive der Wiedererlangung der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals (insbesondere auf der Basis einer mitteleuropäischen Großraumpolitik) für die Allianz von Kapital und Faschismus nicht nur eine rein ökonomische Begründung abgibt, sondern bei der faschistischen Bewegung und dem faschistischen Regime eine spezifische geschichtliche Qualität voraussetzt: nicht nur die machtpolitische Eroberung und Absicherung eines erweiterten Marktes, sondern primär die Schaffung der klassenpolitischen Voraussetzungen dafür, daß diese Expansionsstrategie überhaupt möglich wurde, die Garantie einer Klassensituation, die gewissermaßen die ganze Arbeiterbewegung seit dem Kampf um den „Normalarbeitstag“ rückgängig machte. Die sich eröffnende Perspektive einer erneuten Weltmarktpräsenz hatte zur Bedingung, daß die Nazis im voraus, institutionell, terroristisch oder anders, die Gefahr ausschalteten, daß die dazu nötige Arbeitskraft nicht zur vollständigen Verfügung gestanden hätte. Dies ist die materialistische Ableitung für die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung und gilt gleichermaßen für Italien.

Ein anderes Moment der Herstellung der inneren Voraussetzungen für die neue Expansionsstrategie des Kapitals stellen die internen Auseinandersetzungen in der faschistischen Bewegung selbst dar. Von der Anfangsidentität zwischen Generalstabsplanung, Kapital und Regime war schon die Rede. Historisch fand diese Identität ihren spektakulären Ausdruck in der Zerschlagung der kleinbürgerlich-rebellischen Bewegung der SA – im sogenannten „Röhm-Putsch“. Sohn-Rethel versucht, diesen Konflikt in die Klassenanalyse des deutschen Faschismus zu stellen. Eindeutig zeigt sich bei dieser Darstellung die Koppelung politischer Ereignisse mit der sozialen Bewegung einerseits und den spezifischen Erfordernissen der Kapitalbewegung andererseits. Gewiß sind soziale Inhalte und Widersprüche der ganzen SA-Bewegung, die zum Teil auf ähnlich gelagerte sozial-rebellische Inhalte des ursprünglichen, städtischen Faschismus in Italien hinweisen, weitgehend bekannt. Gleichwohl bleiben Erklärungen meist abstrakt-allgemein, indem sie sich festmachen an einem formellen Widerspruch zwischen kleinbürgerlicher Auflehnung einerseits und dem machtpolitischen Zwang zur Allianz der faschistischen Führung mit Großkapital und Reichwehr andererseits. Sohn-Rethel deckt die materielle Allianz auf, die über die bloße Zerschlagung potentiell jakobinisch-kleinbürgerlicher Tendenzen hinausweist und die im deutschen Faschismus dieselbe Tendenz ausdrückt, wie sie für die „institutionelle Strategie“ des italienischen Faschismus kennzeichnend war. Es ging nicht nur um eine machtpolitisch kontingente Allianz zwischen faschistischem Regime und Kapital, so zeitgebunden und (in illusorischen, teils allerdings bestätigten Zukunftsperspektiven des Großkapitals) interessengebunden diese Allianz auch war. Es ging vielmehr, wie bei der Verstaatlichung der faschistischen Bewegung in Italien 1926/27, um die schlichte Wiederherstellung der spezifisch bürgerlichen, nämlich verrechtlichten, legal-formalisierten Qualität des Staates, wenngleich in der pervertierten Form des „Führerstaates“. Der Führerstaat ging – im Gegensatz zum SA-Staat – insofern in die Bürgerlichkeit zurück, als in ihm der Zugang zum Machthaber (Carl Schmitt) geregelt wurde, wobei diese Regelung nur die formelle Seite des wichtigeren Inhalts war, daß – selbst informell – die Garantie der Kapitalreproduktion auch im Faschismus als zentrale Aufgabe staatlicher Maßnahmen gewährleistet wurde. Die kleinbürgerliche Revolte hatte sicher nicht die für das System zerstörerische Komponente der proletarischen Klassenbewegung, aber sie war geeignet, den Reproduktionsprozeß, der mittels des Faschismus wieder in „geregelt“e Bahnen gelenkt werden sollte, zu stören. Der „Röhm-Putsch“ stellt, so betrachtet, nichts machtpolitisch Zufälliges dar, ist auch mit dem Konflikt Reichswehr-Monopolanspruch versus SA-Einbruch in das staatliche Gewaltmonopol nicht hinreichend beschrieben, sondern eben wesentlich für die Konsolidierung des faschistischen Regimes als einer spezifisch bürgerlichen Herrschaftsform.

#### IV.

Im Widerspruch zur materiellen Identität von Faschismus und den Zwängen der kapitalistischen Reproduktion in einer spezifischen Krisensituation scheint die Agrarpolitik des deutschen Faschismus zu stehen. Oberflächlich gesehen, fixiert sich der Faschismus in starkem Maße ideologisch an tradierten Vorstellungen eines gesunden „Bauerntums“. Von der sozialen Basis her bilden agrarische Bevölkerungs- und Interessengruppen ebenso einen Teil der faschistischen Bewegung wie das

städtische Kleinbürgertum. In einzelnen Fällen, wie in Finnland nach dem Ersten Weltkrieg, ist Faschismus ausschließlich Agrarfaschismus; ebenso hatte sich in Österreich eine regionale Front der Agrargebiete gegen das rote, industrielle Wien gebildet. Hatte sich im italienischen Faschismus auch literarisch das „Land“ gegen die „Stadt“ gestellt, so drückte sich diese Wendung im deutschen Faschismus am stärksten in der „Blut-und-Boden-Mythologie“ aus. Der Widerspruch war allerdings auch hier in erster Linie nicht ein ideologischer, sondern ein ökonomischer, vor allem in Deutschland mit seinem Vorsprung der Industrie vor der Landwirtschaft. Die Subventions- und Entschuldungspolitik bedeutete schon seit längerer Zeit eine Profiteinbuße und damit eine Hemmung der Akkumulation, die zumal in der Weltwirtschaftskrise den Widerstand des Kapitals hervorrufen mußte. Den entscheidenden Aspekt aber schildert Sohn-Rethel: die sich aus der Konsequenz der kapitalistischen Expansionspolitik (Mittel-Südosteuropa-Pläne) entwickelnde Stoßrichtung der Agrarpolitik. Die als Hinterland für die Eroberung einer neuen Weltmarktposition zu erschließenden Länder standen als Agrarexporteure in Konkurrenz zur deutschen Landwirtschaft. Hier mußte das faschistische Regime einen Perspektivenwechsel vollziehen. Es gehört zu den – auch von der informellen und Personalseite her – spannendsten Teilen der Analyse von Sohn-Rethel, wie es dem deutschen Großkapital in dieser Situation gelang, das Regime zu einem regelrechten „Bauernlegen“ zu veranlassen, und wie im Gefolge der faschistischen Konjunktur die Landwirtschaft voll der Logik der Kapitalakkumulation unterworfen wurde (Erbhofgesetzgebung als Basis für die Abwanderung von Arbeitskräften in die Industrie etc.). Gewiß nahm das Regime Rücksicht auf „die Landwirtschaft“ aber eben auf die Interessen der kapitalistisch produzierenden Großagrarien, nicht auf diejenigen der „Bauern“, wie es die Ideologie vorgab. Auch hier lassen sich Parallelen zu Italien ziehen, wenngleich die spezifischen Unterschiede zu berücksichtigen sind, die sich aus dem relativ niedrigen Stand der kapitalistischen Entwicklung in Italien, dem niedrigen Stand der Vergesellschaftung der Arbeit und aus der Dominanz der Landwirtschaft ergeben. Was aber für den deutschen Faschismus wesentlich war, die Durchsetzung der Expansion des Kapitals und ihrer Voraussetzungen, hatte der italienische Faschismus bereits in Gestalt der beschleunigten Akkumulation des Kapitals, der staatlichen Eingriffe zur Rettung der Industrie während und nach der Weltwirtschaftskrise, vorexerziert. Jeweils waren das Landproletariat und die „mezzardi“ (Pächter) ebenso die Leidtragenden wie das Industrieproletariat.

Die doppelte Stoßrichtung des deutschen Kapitals (Mittel- und Südosteuropa als Expansionsraum, in der Kompensation zugleich Exportraum für landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Deutschland) dient schließlich zur Klärung der Widersprüche, die ökonomisch bei der außenpolitischen Bündnispolitik (Achse Berlin-Rom) der beiden historischen faschistischen Regime ausbrachen und in Italien zur Kündigung der Allianz zwischen Kapital und Agrariern einerseits, faschistischem Regime andererseits führten. Für die italienische Landwirtschaft bedeutete die Orientierung des deutschen Markts an den „Balkanländern“ einen schweren Einschnitt in die eigenen Exportmöglichkeiten nach dem Deutschen Reich. Gerade in den Folgewirkungen der kolonialen Politik des faschistischen Italiens und als Ausweg aus der französisch-englischen Sperre gegenüber den italienischen Produkten hatte die italienische Landwirtschaft zunächst im Reich den Ausweichmarkt gefunden. Noch wichtiger und noch dramatischer war diese neue Lage aber für das auf dem Weltmarkt ohnehin schwache, durch die Absperrung gegen den Westen doppelt getroffene italienische Kapital, das von Anfang an auf Exporte stark angewiesen war. Für das italienische Kapital bot der Donaauraum die sozusagen natürliche Expansionsmöglichkeit. Außenpolitisch versuchte das Regime in der Zeit vor dem „Stahlpakt“, genau diesen Raum gegenüber Deutschland abzuschirmen (Beistandspakte mit Ungarn, Jugoslawien etc.). Der Plan einer umgestellten Exportpolitik ließ aus dem deutschen Kapital den stärksten Konkurrenten werden – und aus dem Stahlpakt in der Sicht des italienischen Kapitals die widernatürliche Verbindung eines schwachen mit einem stark expansiven Konkurrenten. Ökonomisch hätte eine Bündnispolitik mit England für die italienischen Exporte eher den Charakter einer flankierenden außenpolitischen Maßnahme gehabt. Hier soll die weitere Entwicklung der italienischen Situation nicht analysiert werden. Wesentlich bleibt der Aspekt, wie ökonomische Gründe zur Desintegration der Basis des italienischen Regimes führen mußten: Seit 1938 befand sich die faschistische Diktatur in Italien auf dem Weg zum Untergang, da zu dem nur kurzfristig während des Abessinienfeldzuges übertünchten Dissens vor allem der Arbeiterklasse, aber zunehmend auch anderer Bevölkerungsgruppen der Entzug des „Vertrauens“, d. i. des Konsens der Großagrarien und der Industrie, hinzukam.

## V.

Insgesamt läßt sich die soziale Funktion des Faschismus zusammenfassen als imperialistische Expansion mit militärischen Mitteln auf der Grundlage einer doppelten Garantie für das kapitalistische System: der Garantie seiner ökonomischen Reproduktion zu optimalen Konditionen des Kapitals, insofern der Faschismus die Arbeiterklasse selbst am reformistischen Kampf um die Lohn- und sozialpolitischen Bedingungen ihrer Ausbeutung hindert; und der Garantie seiner durch die ökonomische Entwicklung gefährdeten politischen Reproduktion, insofern der Faschismus die Ar-

beiterbewegung insgesamt zerschlägt und damit ihren revolutionären Kampf gegen das ganze System der Mehrwertproduktion mit terroristischen Mitteln präventiv unmöglich macht.

Während die auch gegen die reformistische Arbeiterbewegung gerichtete Gewalt ein Spezifikum der faschistischen Form bürgerlicher Herrschaft darstellt, ruft die gleichzeitige gewaltsame Repression der revolutionären Potenzen der Arbeiterklasse den gemeinsamen Nenner aller bürgerlichen Herrschaftsformen in Erinnerung und stellt die Faschismustheorie in den Zusammenhang der allgemeinen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer „normalen“ Staatsform, deren soziale und politische Funktion eben darin liegt, kapitalistische Akkumulation sowohl wirtschaftspolitisch abzusichern (Funktion des „Staatsinterventionismus“) als auch mit dem stets latenten staatlichen Gewaltmonopol vor einer revolutionären Bedrohung zu schützen (Funktion der „präventiv-permanenten Konterrevolution“). Sohn-Rethels Analyse weist genau auf die noch unausgefüllten Stellen einer umfassenden konkret-allgemeinen Theorie über den Faschismus, für die mit dem für Deutschland doppelten ökonomischen Zwangscharakter des Übergangs zur faschistischen Diktatur erst die eine Seite ihres zentralen Problems geklärt ist. Denn diese Entwicklung läßt sich weder für Deutschland noch für Italien ohne gleichzeitige Analyse des Zustands der Arbeiterbewegung und ihrer Aktionen im Klassenkampf hinreichend erklären. Eine umfassende Faschismus-Theorie steht also vor dem großen Problem, daß, je nach dem geschichtlichen Stand der Akkumulation auf der einen und der Klassenkämpfe auf der anderen Seite, der Zusammenhang zwischen Kapitalbewegung und Klassenbewegung erst jeweils konkret ausfindig gemacht werden muß. Wichtigster Punkt einer allgemeinen Faschismus-Theorie wird dabei die adäquate Einschätzung des Zwangs zur Integration der Arbeiterklasse sein, der zum wesentlichen, von Staats wegen zu lösenden Problem der Kapitalreproduktion geworden ist, seit es eine Arbeiterbewegung gibt und erst recht seitdem diese sich in einem Lande auf revolutionärem Wege durchsetzen konnte.

Sowohl in Italien 1920 als auch in Deutschland mit der Weltwirtschaftskrise scheiterte das reformistische Konzept der Integration (Giolittismus in Italien, sozialdemokratische Politik in der Weimarer Republik) an dem Widerspruch zwischen Integrationskosten und Akkumulationszwang. In Italien brach dieser Widerspruch an den besonderen Akkumulationsschwierigkeiten des italienischen Kapitals nach dem Ersten Weltkrieg auf, in Deutschland an den besonders gravierenden Folgen der Weltwirtschaftskrise; in beiden Fällen hätten die hohen reformistischen Integrationskosten zum Zusammenbruch der erweiterten Kapitalreproduktion führen müssen. Daher rührt die Notwendigkeit einer Integrationsstrategie, die weniger Kosten verursacht, sei sie terroristisch wie in den Anfängen aller faschistischen Bewegungen, sei sie institutionell wie im ausgebauten korporativen System, die aber, wie Sohn-Rethels Ausführungen über die tendenzielle Rückkehr zur absoluten Mehrwertproduktion zeigen, ebenso Zwangscharakter annimmt wie die Anstrengung, das Problem der abgeblockten Profitrealisierung auf dem Weltmarkt politisch zu lösen.

Mit Sohn-Rethels Darstellung und theoretischer Reflexion der tatsächlichen Entstehung des deutschen Faschismus ist der Ausgangspunkt für eine die geschichtlichen Unterschiede und die widersprüchlichen Erscheinungen zusammenfassende materialistisch-dialektische Theorie des Faschismus erreicht. Unter Marxisten wird dieser Beitrag die weitere Diskussion über eine materialistische Faschismus-Theorie vorantreiben und darüber hinausgehenden Fragen – wie die nach den allgemeinen Bedingungen der institutionellen Strategie des Kapitals in unterschiedlichen Phasen der Klassenauseinandersetzungen – klären helfen. Gewiß werden sich an Sohn-Rethels Ansatz auch innermarxistische Kontroversen entzünden. Die herrschende Richtung der bürgerlichen Faschismus-Forschung freilich wird mit den Analysen Sohn-Rethels wenig anfangen können, da sie an einer wirklichen Klärung der geschichtlichen, also über die sogenannte „Epoche des Faschismus“ hinausreichenden, Bedeutung des Faschismus nicht interessiert sein kann.

*Berlin, Juni 1973*

<sup>1</sup> August Heinrichsbauer, *Schwerindustrie und Politik*, Essen 1948.

<sup>2</sup> Wie bei Franz Neumann, *Behemoth - The Structure and Practice of National Socialism*, London 1943 (New York 1963<sup>3</sup>), und Arthur Schweitzer, *Big Business in the Third Reich*, Bloomington 1964.

<sup>3</sup> In den nach 1933 verfaßten Analysen Sohn-Rethels wird diese Bedingung des Faschisierungsprozesses nicht mehr erörtert, weil die Eingriffsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung sich mit der faschistischen Diktatur fast völlig erledigt hatten. Die Darstellung kann deshalb als ökonomistisch verkürzt erscheinen, wenn man sich den Zusammenhang nicht vor Augen führt, wie er in dem Aufsatz über „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus“ entwickelt ist. Vgl. dazu Niels Kadritzke, „Faschismus als historische Realität und unrealistischer Kampfbegriff“, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Heft 8, Erlangen 1973.

<sup>4</sup> Vgl. insbesondere E. Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht?* Köln 1967, und die sehr aufschlußreichen Erinnerungen von G. Gereke, *Ich war königlichpreußischer Landrat*, Berlin (DDR) 1971. Wie weitgehend diese Tatsache auch in der westdeutschen Geschichtswissenschaft akzeptiert wird, zeigt exemplarisch H. Mommsen, Handbuchartikel „Nationalsozialismus“, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Freiburg 1971.

<sup>5</sup> Zur Alternative Heteronomie/Autonomie vgl. Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln-Berlin 1967 (Einleitung), und ders., *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968. Zur Kritik dieser Alternative vgl. Johannes Agnoli, „Zur Faschismus-Diskussion (I) und (II)“, in: *Berliner Zeitschrift für Politologie*, 9. Jg. 1968, Heft 2 und 4; Bernhard Blanke, „Thesen zur Faschismus-Diskussion“, in: *Sozialistische Politik*, 1. Jg. 1969, Heft 3.

<sup>6</sup> Vgl. Tim W. Mason, „Der Primat der Politik“, in: *Das Argument*, 8. Jg. 1966 Heft 6, Nr. 41, und die Kontroverse Czichon/Mason/Eichholtz/Gossweiler in: *Das Argument*, 10. Jg. 1968, Heft 3, Nr. 47.

<sup>7</sup> René Erbe, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-39 im Lichte der modernen Theorie*, Zürich 1958; Gerhard Kroll, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Berlin 1958. Daß diese keynesianischen Analysen eine Alternative zur faschistischen Konjunktur in einer innenpolitisch sozialpartnerschaftlichen und außenpolitisch friedlichen Form des „Staatsinterventionismus“ ex post für möglich halten, liegt an ihrer Unfähigkeit, die wesentliche Basis der kapitalistischen Produktion und Reproduktion, die Produktion von Mehrwert, zu erkennen, und an ihrer Mißachtung der Weltmarktzusammenhänge. Zum allgemeinen theoretischen Rahmen der hier diskutierten Probleme vgl. Willi Semmler, Jürgen Hoffmann, „Kapitalakkumulation, Staatseingriffe und Lohnbewegung“, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Heft 2, Erlangen 1972.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu Christel Neusüß, Bernhard Blanke, Elmar Altvater, „Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise“, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 1, Erlangen 1971; Christel Neusüß, *Imperialismus and Weltmarktbeugung des Kapitals*, Erlangen 1972.